

## **Solidarität statt Ellenbogen**

Beschluss der 2. Tagung des 7. Landesparteitages der Partei  
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 11. Oktober 2020 in Plötzky

### **Hier ist DIE LINKE, das sind wir:**

DIE LINKE wirkt im Jahr vor der Landtags- und Bundestagswahl in einem sich immer schneller wandelnden gesellschaftlichen Umfeld. Dabei wandeln sich nicht unsere Ziele und Werte, sondern die gesellschaftlichen Umstände, unter denen wir für sie eintreten. Dazu zählen das weitere Auseinanderdriften der sozialen und kulturellen Pole der Gesellschaft und der wachsende Einfluss nationalistischer und rassistischer Ideologien, die vor fast genau einem Jahr zu dem schrecklichen Anschlag in Halle geführt haben. Dazu gehört auch die Zuspitzung der Klimakrise und die mangelnde Fähigkeit zum Umgang mit der Corona-Pandemie im internationalen Maßstab.

Gerade aus der Perspektive Sachsen-Anhalts müssen wir festhalten, dass auch die Spaltung zwischen Ost und West 30 Jahre nach der deutschen Einheit nicht überwunden ist.

All diese Krisen bleiben nicht unwidersprochen. Es entwickeln sich Kräfte, die den Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen den Klimawandel als Auseinandersetzung mit der herrschenden Politik des Neoliberalismus verstehen. Die Aufgabe der LINKEN besteht darin, als verlässliche\*r Bündnispartner\*in dieser Akteur\*innen überzeugende Konzepte für den gesellschaftlichen Wandel anzubieten und den Weg zu deren Umsetzung konsequent zu beschreiten.

Der Landesverband unserer Partei ist in diesem Sinne unterwegs, gemeinsam mit den streikenden Mitarbeiter\*innen des AMEOS-Konzerns, beim Kampf gegen die Schließung von Gesundheitseinrichtungen, beim Volksbegehren für die notwendige Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften, mit der FridaysForFuture-Bewegung, in vielen Bündnissen gegen Nationalist\*innen und Rassist\*innen, beim Kampf gegen ausbeuterische Werksverträge in der Fleischindustrie, mit den Initiativen gegen Straßenausbaubeiträge und umweltbelastende Mülldeponien.

So gelang es uns, die Niederlage bei der Landtagswahl 2016 zu verarbeiten und mit neuer Kraft in die politische Auseinandersetzung einzugreifen.

Dies war und ist unter den Bedingungen einer Kenia-Koalition von CDU, SPD und Grünen sowie einer sich rechtsextrem positionierenden AfD im Land unsere politische Aufgabe. Wir vertreten damit diejenigen Menschen in Sachsen-Anhalt, die für eine solidarische, friedliche, nachhaltige und humane Gesellschaft eintreten.

Es reicht aber nicht aus, nur an ihrer Seite zu stehen. Unsere Aufgabe ist es, Politik in diesem Sinne zu gestalten. Es genügt nicht, an den Demonstrationen für den Erhalt von Gesundheitseinrichtungen und für vernünftige Tarifverträge teilzunehmen. Unsere Aufgabe ist es, politische

Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass dieser Kampf gewonnen werden kann. Dafür brauchen wir nicht nur politischen Einfluss, sondern auch andere Mehrheiten in diesem Land, mit denen wir eine andere Politik gestalten können.

In diesem Sinne führen wir den begonnenen Sozialstaatsdialog mit Gewerkschaften, Verbänden, aber auch mit SPD und Grünen fort, um eine gesellschaftliche Debatte über die Perspektive dieses Landes voranzubringen.

Einen wichtigen Orientierungsrahmen stellt dabei das im Juli beschlossene Drei-Säulen-Konzept des DGB für eine Konjunktur- und Investitionsoffensive in Sachsen-Anhalt dar. Wir stimmen der grundsätzlichen Einschätzung des DGB zu, dass die gegenwärtige Niedrigzinsphase zu nutzen ist, um in einem großen Umfang öffentliche Investitionen zu finanzieren. Die Pandemie darf nicht weiter zum Abbau sozialer Standards und Arbeitnehmer\*innenrechte missbraucht werden. Die Aussetzung des Vergabegesetzes unterstützt Dumping mit öffentlichen Mitteln. Die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit auf 12 Stunden und die Ausweitung der Sonn- und Feiertagsarbeit müssen ebenfalls wieder zurückgenommen werden.

Die regierende Koalition präsentiert sich bei wichtigen politischen Prozessen in einer gegenseitigen Blockadehaltung. Notwendige Investitionen in das Gesundheitswesen werden vom zuständigen Ministerium angemahnt, aber dann vom Finanzminister gestrichen. Der Mangel an Lehrer\*innen wird auch von der SPD beklagt, aber der Bildungsminister scheint nicht zuständig. Umwelt- und Naturschutzregelungen werden vom grüngeführten Ministerium in die Wege geleitet, scheitern aber häufig an den Protesten von anderen Vertreter\*innen der Kenia-Koalition. Grüne und SPD unterstützen teilweise den Kampf gegen den Rechtsextremismus, während die Parolen der Rechten von einem anderen Teil der Koalition aufgenommen werden.

Die Blockade in diesem Land hat einen Namen: CDU.

Dabei lassen wir Grüne und SPD nicht aus der Verantwortung. Wir nehmen aber auch zur Kenntnis, dass bei der SPD der Wunsch, sich aus den Fesseln der CDU zu befreien, deutlich stärker ausgeprägt ist als in den letzten Jahren. Andererseits müssen wir feststellen, dass die Grünen selbst Kernthemen ihrer politischen Agenda zugunsten einer weiteren Kooperation mit der CDU zur Disposition stellen.

Sachsen-Anhalt hat etwas Besseres verdient. Nach 18 Jahren CDU-Regierung mit unterschiedlichen Koalitionspartner\*innen wird klar, dass die selbsternannte „Sachsen-Anhalt-Partei“ keine Vorstellungen von der Zukunft dieses Landes hat, sondern lediglich ideenlos den Mangel verwaltet, anstatt ihn zu beenden.

Wie in Sachsen-Anhalt mit den Folgen der Corona-Pandemie umzugehen ist, wird in den nächsten Monaten und vor allem auch in der nächsten Legislaturperiode beantwortet werden müssen. Mit der jetzigen Koalition drohen Einnahmeausfälle und Schuldenabbau zulasten der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit die Umverteilung von unten nach oben. Bereits jetzt hat die CDU angekündigt, in der nächsten Wahlperiode viele Dinge streichen zu wollen: Bei der Kinderbetreuung, bei Lehrer\*innen, bei der Unterstützung der demokratischen Zivilgesellschaft, beim Umwelt- und Klimaschutz und beim ÖPNV.

Unter diesen Bedingungen bedeutet Kenia in Zukunft nicht Stillstand, sondern Rückschritt. Wir hingegen wollen nicht den Mangel verwalten, sondern neue Wege zur Überwindung dieser Rotstiftpolitik gehen.

## **Ja, wir wollen gewählt werden. Hier sagen wir warum:**

Zur Erarbeitung des Wahlprogrammes haben wir uns auf dem Landesparteitag Mitte 2019 in Burg viel vorgenommen: Der Programmprozess sollte geöffnet werden und ein wichtiger Meilenstein unserer innerparteilichen Demokratie werden. Umgesetzt wurde das allerdings nicht ausreichend.

Manches davon lässt sich durch die Corona-Pandemie erklären, die größere Veranstaltungen oder auch nur Arbeitstreffen lange Zeit verunmöglichte. Doch insbesondere die digitalen Möglichkeiten zur Vernetzung, zur Diskussion und zur Übermittlung der Arbeitsstände wurden bisher nicht ausreichend genutzt, um die Programmdiskussion zu öffnen.

Die Erfahrungen und das Wissen möglichst vieler Genoss\*innen bei jedem Schritt zum Wahlprogramm einzubeziehen, muss dennoch immer unser Ziel sein.

An diesem Ziel halten wir aber auch unter den Unwegsamkeiten der Corona-Pandemie fest. Die Redaktionskommission und die verantwortlichen Genoss\*innen in den 3er-Teams aus Partei, Fraktion und externem Sachverstand sind umso mehr gefordert, wenigstens in den letzten Schritten des Programmprozesses die Basis einzubinden und dabei auch kreativ zu sein: Die nun angebotenen Online-Diskussionen stellen einen guten Grundstein dar, der noch ausbaufähig ist, um über die Vorschläge der 3er-Teams zu diskutieren. Es bleibt wichtig, noch Anregungen und Kritik zu den Arbeitsständen einzuholen und zu bearbeiten und dass die Partei mit sich selbst und mit ihren Unterstützer\*innen ins Gespräch kommt. Und das nicht erst auf dem Programmparteitag.

Wir wollen erreichen, dass die Auseinandersetzung der LINKEN mit der CDU zum zentralen Wahlkampfthema wird. Mehr soziale Gerechtigkeit statt neoliberaler Sparlogik, bessere Bildung für alle statt schulterzuckender Ignoranz gegenüber dem drohenden Zusammenbruch unseres Schulsystems, den Einsatz für einen sozialökologischen Umbau statt der Ignoranz gegenüber den Gefahren des Klimawandels und den entschiedenen Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus statt heimlicher und offener Sympathien für rechte Parolen. Das sind die Kernpunkte unserer politischen Auseinandersetzung mit der CDU heute genauso wie im Wahlkampf.

## **Für den kommenden Wahlkampf wird sich DIE LINKE auf folgende Hauptziele konzentrieren:**

### **Machen wir das Gemeinsame stark.**

Wir wollen in der Landes- und Bundespolitik erreichen, dass den Menschen in Sachsen-Anhalt Hoffnung auf eine sozial sichere Zukunft gegeben und ihnen die Angst vor der Zukunft genommen wird. Wir sind die Partei mit dem sozialen Kompass. Verteilungsgerechtigkeit, Klimagerechtigkeit, Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Generationen sowie Teilhabeberechtigung und der Kampf gegen Kinderarmut haben für uns immer eine soziale Dimension. Zur Gleichberechtigung von Frau und Mann gehört für uns auch die paritätische Besetzung im Landtag, in der Regierung und im Landesverfassungsgericht.

Nur was sozial gerecht ist, ist auch zukunftsfähig. Deshalb kämpfen wir für kollektive Arbeitszeitverkürzung, für die kurze Vollzeit für alle, für bessere und tarifliche Löhne und Gehälter. Öffentliche Aufträge in Sachsen-Anhalt sollen künftig per Gesetz besser entlohnt werden.

### **Sozialer Zusammenhalt statt Spaltung der Gesellschaft durch Armut**

Kinderarmut ist das größte Armutszeugnis für unser reiches Land! Daher werden wir uns für eine eigenständige Kindergrundsicherung auf Bundesebene einsetzen. DIE LINKE will die Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen sichern!

Kinderarmut ist immer auch Elternarmut und Elternarmut bedeutet oft Altersarmut. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden! Wir setzen uns deshalb für die Erhöhung des Mindestlohns, eine gerechte und solidarische Verteilung des Reichtums, das Ersetzen von Hartz IV durch eine individuelle, sanktionsfreie Mindestsicherung sowie die Anhebung des Rentenniveaus, eine solidarische Finanzierung der Rente und eine Grundrente für in der DDR geschiedene Frauen ein.

### **Gute Sozialpolitik braucht eine stabile Wirtschaft, gerade im Wandel.**

Wir stehen für eine nachhaltige Industrie- und Landwirtschaftspolitik. Der klimabedingte Strukturwandel soll mehr Lebensqualität und nicht noch mehr abgehängte Regionen zur Folge haben. Den notwendigen ökologischen Umbau der Gesellschaft (hin zu einer nachhaltigen, klimagerechten, nicht-fossilen Wirtschaftsordnung) wollen wir sozial gerecht und demokratisch gestalten. Der Strukturwandel in der Braunkohle, aber auch in der Automobilindustrie muss daher bürger\*innennah gestaltet und für mehr Lebensqualität für Bürger\*innen genutzt werden. Die traditionellen Wirtschaftszweige wollen wir bei der Erneuerung begleiten und ihnen Unterstützungsangebote unterbreiten. Die Stärken Sachsen-Anhalts bei den Erneuerbaren Energien wollen wir weiter ausbauen. Wir wollen ein kommunales Investitionsprogramm für CO<sub>2</sub>-neutrale Energieproduktion und die Möglichkeit, daraus Einnahmen für die öffentliche Hand zu erzielen. Die Entstehung von Mülldeponien wollen wir gesetzlich beschränken, Müllimporte und Müllexporte auf ein Minimum begrenzen.

Wir setzen uns für einen flächendeckenden fahrscheinlosen ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) ein: Nicht als urbanes Projekt, sondern vor allem für den ländlichen Raum, damit ihn jede\*r nutzen kann, egal, wann die Schicht beginnt, oder die Party aufhört.

Wirtschaft heißt für uns auch immer, für mehr Mitbestimmung der Beschäftigten und für mehr gewerkschaftliche Rechte einzutreten. Handwerk, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Soloselbständige können auf unsere Unterstützung bauen. Wir wollen Modellprojekte für ein Grundeinkommen für selbständige Künstler\*innen und Kulturschaffende sowie Dienstleister\*innen im Kulturbereich umsetzen.

### **Zugang zu Bildung und Wissenschaft gerechter machen.**

Sachsen-Anhalt hat vergleichsweise wenig Geld. Wer nichts im Geldbeutel hat, muss auf den Geist seiner Leute setzen. Dafür bedarf es aber einer klugen Bildungspolitik, mehr Lehrer\*innen, mehr Frauen in wissenschaftlichen Spitzenpositionen. Soziale Barrieren in der Bildung gehören abgeschafft. Wir können uns keine Talentverschwendung wegen Geldmangel leisten. Kinderarmut ist eine Bildungssperre, die wir überwinden wollen. Wir wollen im Land eine verbindliche Zuweisung an Lehrkräften gemessen an der Schüler\*innenzahl und einer guten Unterrichtsversorgung durchsetzen. Wir wollen, dass die Forderungen des Volksbegehrens gegen den Lehrer\*innenmangel Gesetz werden. Wir wollen unseren Gesetzentwurf „Gebührenfreie Kita und Horte in Sachsen-Anhalt“ realisieren.

### **Wohnortnahes Gesundheits- und Pflegesystem gewährleisten.**

Es soll eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung flächendeckend hergestellt werden. Eine gemeinsame Krankenhausgesellschaft des Landes und der Kommunen soll geschaffen werden.

Wir verfolgen das Ziel, die kommerziell geführten Krankenhäuser in diese Gesellschaft schrittweise zu überführen. Wir wollen den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst allgemeinverbindlich machen. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Abschaffung der Fallpauschalen-Regelung ein.

In der ambulanten und stationären Pflege wollen wir einen öffentlichen Sicherstellungsauftrag gesetzlich verankern und kommunale Pflegeeinrichtungen fördern.

Chronisch Kranke und Menschen mit Beeinträchtigungen sind für DIE LINKE selbstverständlich Teil unserer Gesellschaft, auch während der Corona-Pandemie. Ihre gesundheitliche und pflegerische Versorgung wollen wir ebenso verbessern wie ihre Integration in anderen Bereichen (z. B. Schule und Beruf). Hierzu werden wir unsere Kooperation mit den Betroffenen, ihren Vertreter\*innen und Verbänden, fortsetzen und vertiefen.

Unser gemeinsames Ziel ist eine in allen Bereichen barrierefreie Gesellschaft.

### **Ländliche Räume nicht länger abhängen.**

Wir wollen das Leben in der Kleinstadt und auf dem Dorf attraktiver machen. Dörfer sind viel mehr als das Umland von Metropolen. Menschen im ländlichen Raum brauchen Chancengleichheit in den Bereichen der Daseinsvorsorge. Niemand darf vom sozialen und kulturellen Leben ausgeschlossen werden. Deshalb ist ein grundsätzlich neuer Ansatz für den ÖPNV notwendig.

### **Keinerlei Nationalismus und Rassismus dulden.**

Kein Mensch wird als Rassist\*in geboren und dennoch werden zu viele Menschen bereits in jungen Jahren zu Fremdenfeind\*innen und Rechtsextremist\*innen. Wer sich nach oben nicht zu widersetzen traut, der tritt nach unten. DIE LINKE setzt sich in Sachsen-Anhalt überall für die Verteidigung der Menschenwürde und der Demokratie ein. Wir sind viel mehr als eine Anti-AfD, aber gegen deren Treiben kämpfen wir mit aller demokratischen Konsequenz. Wir unterstützen Jugendprojekte zur Förderung von Toleranz und Vielfalt. Wir sind aktiv in vielen antifaschistischen Bündnissen. Wir wollen das Verfassungsziel des Antifaschismus in reales staatliches Handeln überleiten, indem wir u.a. die strukturellen Defizite bei der Bekämpfung rechter Gewalt bei Polizei und Justiz beseitigen und von rechter Gewalt betroffene Menschen besser unterstützen.

### **Kommunale Selbstverwaltung zurückgewinnen.**

Die Städte, Gemeinden und Landkreise stehen ganz am Ende der Verteilungskette von Geld und Einfluss. Wir wollen das Staatswesen vom Kopf auf die Füße stellen und mehr Basisdemokratie durchsetzen. Wir verfolgen das Projekt einer gerechten Steuerreform zugunsten der Städte und Gemeinden, auch um coronabedingte Ausfälle auszugleichen.

### **Zukunftsfaktor OST**

Wir sind gerade beteiligt an dem staatstragenden Feiern von 30 Jahren deutscher Einheit. Die Einheit finden wir gut, nicht aber, dass die Mehrheit der Verlierer\*innen Ostdeutsche sind und die Mehrheit der Gewinner\*innen Westdeutsche. Es gibt nach wie vor eine West-Ost-Ungerechtigkeit. Das wollen wir ändern. Wir wollen gleiche Arbeitszeiten, gleiche Löhne und gleiche Renten. Wir wollen keinen Osten als Niedriglohngebiet. Vor allem aber wollen wir die Anerkennung des ostdeutschen Erfahrungsvorsprungs beim Bewältigen von gesellschaftlichen Umbrüchen. Wir können Krisen meistern, auch wenn viele Erfahrungen bitter waren. Wir treten für das Projekt ein, Erfahrungen aus Sachsen-Anhalt beim sozialökologischen Umbau bundesweit zu nutzen.

**Zusammengefasst:** Wir sind die Partei der Solidarität, die CDU ist die Partei des Ellenbogens.

Eine Landesregierung mit der LINKEN bietet Hoffnung statt Angst, Solidarität statt Ausgrenzung und soziale Sicherheit statt sozialer Spaltung. Wir haben bei den letzten Landtagswahlen im Osten deutlich vor Augen geführt bekommen, wie stark der Einfluss von Personen auf das Wahlergebnis ist. Wenn wir unser Ziel umsetzen wollen, die Auseinandersetzung zwischen der CDU und der LINKEN zur zentralen Konfliktlinie dieses Wahlkampfes zu machen, brauchen wir an der Spitze eine glaubwürdige Person, die diese Auseinandersetzung erfolgreich führen kann. Dafür hat der Landesvorstand im Juli 2020 einstimmig Eva von Angern vorgeschlagen. Sie personifiziert unsere Position im bevorstehenden Wahlkampf. Sie ist die Anwältin der sozialen Gerechtigkeit. Glaubwürdig vertritt sie diese Kernkompetenz der LINKEN unter anderem in den von ihr im Bund und im Land mitgegründeten „Netzwerken gegen Kinderarmut“. Als langjährige Vorsitzende des überparteilich arbeitenden Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt hat sie darüber hinaus die Kompetenz erwerben können, Menschen mit ganz unterschiedlichen politischen Hintergründen zusammenzuführen. Eva verbindet Protest und politische Handlungsalternativen mit der Fähigkeit, weit über unser politisches Spektrum hinaus Bündnisse zu organisieren. Der Landesparteitag unterstützt den Vorschlag des Landesvorstandes, der Vertreter\*innenversammlung Eva von Angern für den Listenplatz 1 vorzuschlagen.

Wir treten in allen Wahlkreisen mit geeigneten Kandidat\*innen an und streben eine deutliche Steigerung des Zweitstimmenergebnisses für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt an.

Wir kämpfen aber auch darum, das 2016 gewonnene Direktmandat zu verteidigen und weitere hinzuzugewinnen.

2021 wird nicht nur wegen der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, sondern wegen der Landtagswahl in Thüringen und vor allem der Bundestagswahl, das Jahr einer Weichenstellung für die ganze Republik. Die Wahl in Thüringen am 25. April 2021 wird vieles entscheiden.

### **Um uns selber müssen wir uns selber kümmern. Machen wir.**

Der Landesvorstand ist für die politische, organisatorische und personelle Vorbereitung der Landtagswahl 2021 verantwortlich. Er hat eine gegliederte Wahlkampfstruktur beschlossen. Die Kommission Strategie und Wahlen trägt die Verantwortung für die Erarbeitung und Fortschreibung der Wahlstrategie und der Grundzüge der Kommunikationsstrategie. Das operative Wahlbüro zeichnet verantwortlich für die technische, organisatorische und finanzielle Gewährleistung des gesamten Wahlkampfes. Herzstück der Struktur ist das Landeswahlplenum, in dem alle Stadt- und Kreisverbände eine Stimme haben und in dem alle wichtigen Entscheidungen im Wahlkampf vorbereitet und besprochen werden. Die Kommission Strategie und Wahlen und das Landeswahlplenum erarbeiten gemeinsam die politischen Vorgaben für die Konzeption der Wahlkampagne und führen die Vorschläge in einem konstruktiven Dialog mit der beauftragten Agentur bis zur Beschlussreife. Hier bauen wir auf die guten Erfahrungen aus den Kommunalwahlen 2019 auf, wohl wissend, dass es nicht nur gute Erfahrungen waren. Nur mit einem Wahlkampf aus einem Guss unter Berücksichtigung aller regionalen Besonderheiten werden wir unsere hochgesteckten Ziele erreichen.

Wir werden geeignete Kandidat\*innen nominieren. Wir erwarten von allen, dass sie offensiv und überzeugend unsere politischen Grundpositionen vertreten und sich aktiv und ideenreich

in den Wahlkampf einbringen. Unsere Erwartungen an alle Kandidierenden haben wir bereits mit den Stadt- und Kreisvorsitzenden diskutiert, der Landesvorstand hat Kriterien dafür beschlossen. Dazu gehört auch, dass wir eine ausgewogene Präsenz der künftigen Abgeordneten in den Regionen mit ihren Bürger\*innenbüros absichern müssen. Wir erwarten daher von allen Kandidierenden die Bereitschaft, die Einrichtung ihrer Büros mit dem Landesverband abzustimmen.

Wir orientieren uns darauf, Kandidierende zu nominieren, die für die Politik der LINKEN in der Öffentlichkeit einstehen, die in der Partei durch ihre politische Arbeit verwurzelt sind oder öffentlich im Sinne der Ziele der LINKEN wirken. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt folgt dem Prinzip der „Offenen Listen“. Auf der Landesliste der Partei bzw. in den Direktwahlkreisen kandidieren Mitglieder der Partei oder parteiungebundene Persönlichkeiten.

Kandidierende auf der Liste der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt bzw. in den Direktwahlkreisen sind als Mitglieder dem Parteiprogramm und dem Landtagswahlprogramm 2021 verpflichtet oder stehen als Nichtmitglieder den dort formulierten Grundsätzen nahe. Mit den Bewerber\*innen für die Kandidaturen auf der Landesliste der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt bzw. in den Direktwahlkreisen zur Landtagswahl 2021 werden schriftliche Vereinbarungen über die Bereitschaft getroffen, die Kriterien anzuerkennen und zu erfüllen sowie gemäß Satzung und Finanzordnung der Partei Mandatsträgerbeiträge zu entrichten.

Auf der Vertreter\*innenversammlung Ende Januar 2021 werden wir eine Landesliste wählen. Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand, dafür in enger Abstimmung mit den Stadt- und Kreisverbänden einen Vorschlag zu erarbeiten. Ein durch den Parteitag bestimmtes transparentes Verfahren soll eine möglichst große Akzeptanz des Weges zur Landesliste erreichen. Die Stadt- und Kreisverbände werden gebeten, aus ihrer Sicht geeignete Kandidat\*innen für die Liste priorisiert vorzuschlagen. Dabei sollen sie die Quotierung, fachpolitische Aspekte und die regionale Anbindung berücksichtigen. Auf der Basis der Vorschläge aus den Kreisen erstellen die direkt gewählten Mitglieder des Landesvorstandes einen ersten Vorschlag. Neben den bereits genannten Kriterien sollen hier auch noch die mögliche fachliche Zusammensetzung einer zukünftigen Fraktion und eine Erneuerungsquote in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Sollte es Differenzen zwischen den Prioritäten der Stadt- und Kreisverbände und diesem Vorschlag geben, ist eine Konsultation mit den betreffenden Stadt- und Kreisverbänden unerlässlich. Der gegebenenfalls korrigierte Vorschlag wird im Januar 2021 in einer gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesausschuss und den Stadt- und Kreisvorsitzenden diskutiert. Danach soll der Listenvorschlag im Landesvorstand in geheimer Wahl gewählt werden. Auf der Vertreter\*innenversammlung soll der Landesvorsitzende diesen Vorschlag vorstellen und begründen. Selbstverständlich entscheidet die Vertreter\*innenversammlung als Souverän über die Landesliste, jeder\*jedem bleibt es unbenommen zu kandidieren.

Der Landesparteitag gibt hiermit einen eindeutigen und transparenten Weg zu einer Landesliste vor. Der Landesvorstand wird beauftragt, diesen in einen Umsetzungsbeschluss mit konkreten Terminen und detaillierten Verantwortlichkeiten zu fassen.

Wir brauchen im Wahlkampf 2021 einen langen Atem. Unmittelbar nach der Landtagswahl beginnt schon der Bundestagswahlkampf. Umso wichtiger ist es, unsere Ressourcen im Vorfeld gründlich zu analysieren und laufend im Blick zu haben. Dazu gehört neben der gründlichen Planung der personellen Ressourcen vor allem auch eine effektive Planung der Wahlkampfmit-

tel. Das Landeswahlplenum hat sich für eine Wahlzeitung in 14 regionalen Ausgaben ausgesprochen. Sie soll möglichst flächendeckend verteilt werden. Nach den nicht nur guten Erfahrungen des Kommunalwahlkampfes 2019 haben wir den Prozess der Erstellung der Materialien zeitlich deutlich gestreckt. Trotzdem müssen und werden wir eine notwendige Flexibilität erhalten, um auf sich verändernde Stimmungen oder nicht planbare gesellschaftliche Ereignisse reagieren zu können. Am 27. April 2021 beginnt für uns die heiße Wahlkampfphase, wir werden da gut gerüstet sein. Das gut vorzubereiten ist unsere gemeinsame Aufgabe in den nächsten Wochen und Monaten. Packen wir es an!

### **Solidarität statt Ellenbogen**

Nächstes Jahr ist Wahljahr. Am 6. Juni 2021 wird ein neuer Landtag und im Herbst ein neuer Bundestag gewählt. Entschieden wird über den Kurs in unserer Gesellschaft. Es werden Wahlprogramme der politischen Parteien vorgestellt, auch von uns, der LINKEN. Wir werden über viele Themen reden, schreiben und streiten. Es gibt aber nur eine entscheidende Weggabelung und die heißt: Solidarität oder Ellenbogen!

Gerade die Corona-Krise hat uns doch vor Augen geführt, dass wir uns für gesellschaftlichen Zusammenhalt oder für den Sieg des Egoismus zu entscheiden haben. Niemand lebt ohne Eigeninteresse, aber auch keine\*r nur für sich allein.

Kanzlerin Merkel und Finanzminister Scholz haben die Krise bisher beachtlich verwaltet. Aber sie haben unglaublich viel Geld verteilt oder versprochen, das ihnen nicht gehört. Das Wesen unserer künftigen Gesellschaft wird maßgeblich davon geprägt sein, wie die Kosten der Krise verteilt werden.

DIE LINKE will eine gerechte Lastenverteilung. Wer Millionen hat, kann Tausende zahlen. Wer wenig hat, darf nach der Krise nicht noch weniger haben. Diese Forderung vertreten wir schon lange, nicht erst seit Corona. Jetzt aber haben wir die Chance, die sozialen Ungerechtigkeiten zu überwinden. Das reichste Prozent in Deutschland besitzt mehr als ein Drittel des Gesamtvermögens und die Hälfte der Bevölkerung hat nichts Erspartes. Das soll nicht so bleiben.

Wir wollen das ändern. Gegen soziale Ungerechtigkeit im reichen Deutschland können wir gemeinsam vieles tun. Deshalb werben wir um die Stimmen für DIE LINKE.